



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 29.03.2018

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 08.03.2018, 16:10 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Christoph Klausing	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Gutzeit
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	stellvertretend für Frau Welcker
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna Mikecz von	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Matthias Pergande	FDP

Herr Viktor Grimm auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Gäste

Herr Thomas Brose	Geschäftsführer Klimabündnis	zu TOP C
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	OB-2-14 Büro der Bürgermeister/in	zu TOP C
Herr Aldo Armando Perez Rodarte	Dezernat V-7 Koordinationsstelle Klimaschutz	zu TOP C
Herr Gerd Neweling	Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau	zu TOP 1.4.1
Herr Uwe Zippel	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln	zu TOP 1.5.1
Herr Reinhard Huth	Liegenschaftsamt	zu TOP 1.7.1 vorm. 10.1
Frau Petra Zimmermann-Buchem	Dezernat V-7 Koordinationsstelle Klimaschutz	zu TOP 3.1
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln	zu TOP 7.4

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Sönke Geske	SPD
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er macht auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.8 und 1.9 im AUG werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**
- B** **Gleichstellungsrelevante Themen**
- C** **Vorstellung der Arbeit des Klimabündnisses und der neuen Klimapartnerschaft Kölns mit Peru**
Referent Herr Thomas Brose, Geschäftsführer Klimabündnis
- 1** **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
 - 1.1 Gemeinsame Anfrage von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betreffend
Verbreiterung der A59 - Kompensationsmaßnahmen im Rechtsrheinischen
AN/1848/2017
 - 1.1.1 Beantwortung der Anfrage
0054/2018
 - 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Kölner Umweltzone
AN/0046/2018
 - 1.2.1 Beantwortung der Anfrage
0218/2018
 - 1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Biodiversität im Zuge der Umsetzung zweier Beschlüsse
AN/0003/2018
 - 1.3.1 Beantwortung der Anfrage
0377/2018
 - 1.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.12.2017
betreffend
Sachstand zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs
und Prüfung alternativer Standorte einer Hubschrauberbetriebsstation in Köln
AN/1911/2017
 - 1.4.1 Beantwortung der Anfrage
0137/2018

- 1.5 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard
AN/1490/2017
- 1.5.1 Beantwortung der Anfrage
0537/2018
- 1.6 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Fragen zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
AN/0162/2018
- 1.6.1 Beantwortung der Anfrage
0620/2018
- 1.7 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Agrarflächen im Eigentum der Stadt Köln
AN/0148/2018
- 1.7.1 Beantwortung der Anfrage Agrarflächen im Eigentum der Stadt Köln
0542/2018
- 1.8 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
AN/0341/2018
- 1.9 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen
Friedhöfe
AN/0373/2018
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
AN/0297/2018
- 2.2 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Bessere Erfassung der Feinstäube in Köln
AN/0298/2018

3 Kommunaler Klimaschutz

- 3.1 Richtlinie des Förderprogramms „Altbausanierung und Energieeffizienz - klimafreundliches Wohnen“
3520/2017

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
0029/2018
- 4.2 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen
3750/2017
- 4.3 Schenkung - Kompakttraktor mit Frontlader
hier: Wildpark Dünwald
3990/2017
- 4.4 Schenkung - Wassererlebnispfad von Pulheim bis zum Rhein
0093/2018

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0224/2018
- 7.2 Naturnaher Gewässerausbau des Flehbach in der Parkanlage Köln-Brück
0571/2018
- 7.3 Zustand der Schießsportanlage Hubertusweg - Kündigung des Mietvertrages
3744/2017
- 7.4 Sachstandsbericht Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten
Köln, Amsterdamer Str. 34
0715/2018

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

Hierzu liegt nichts vor.

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

Hierzu liegt nichts vor.

C **Vorstellung der Arbeit des Klimabündnisses und der neuen Klimapartnerschaft Kölns mit Peru³⁴** **Referent Herr Thomas Brose, Geschäftsführer Klimabündnis**

Der Geschäftsführer des Klimabündnisses, Herr Thomas Brose, stellt im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation die Ziele des Klimabündnisses und die umfangreichen Aktivitäten zur Erreichung dieser Ziele vor.⁵ Er betont, dass es sich nicht nur um eine Ansammlung verschiedenster Maßnahmen handle, sondern um die Entwicklung eines systematischen und methodischen Ansatzes, basierend auf den Erfahrungen der Kommunen.

Er macht auf den „Klimaschutzplaner“ aufmerksam, ein spezielles Monitoring-Instrument, das in den letzten Jahren entwickelt wurde und die Möglichkeit für alle Kommunen in Deutschland biete, ihre CO₂-Bilanzierung zu erstellen, Szenarien zu entwickeln und ihren kommunalen Klimaschutz zu vergleichen.

Herr Brose hebt die in Köln intensiv genutzte Kampagne „Stadtradeln“ hervor, an der im letzten Jahr über 2.900 Radlerinnen und Radler, darunter 22 Mitglieder des Stadtrates, teilgenommen und über 600.000 km erradelt haben.

Er macht deutlich, dass eine wichtige Aufgabe des Klimabündnisses darin bestehe, auf nationaler und europäischer Ebene Einfluss auf die Entwicklung von Maßnahmen im Energiebereich zu nehmen. Ein wichtiges Thema sei hier das „Winterpaket“, ein Instrumentarium, um auch die Rolle der Kommunen als Akteure in diesem Bereich einzubringen. Mit anderen Städtenetzwerken koordiniere man den Konvent der Bürgermeister, eine europa- und inzwischen weltweite Initiative zur direkten Einbindung der Kommunen zur Erfüllung strategischer Klimaziele.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags informiert Herr Brose über die Rolle der indigenen Territorien, deren Bedeutung für das globale Klima, regionale Projekte z. B. mit erneuerbaren Energien und über Delegationsreisen nach Amazonien.

Anschließend berichtet Herr Bürgermeister Wolter über seinen sechstägigen Besuch in der Klimapartnerstadt Yarinacocha in Peru und bei einer indigenen Organisation der Shipibo Indianer. Insbesondere im Bereich des Gewässerschutzes, der Biodiversität und der wirtschaftlichen Perspektiven für die indigenen Gemeinschaften werde aktiv zum Klimaschutz beigetragen.

³ <http://www.klimabuendnis.org/home.html>

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Klima-B%C3%BCndnis>

⁵ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage beigefügt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

Der Besuch habe ein enormes Echo in der Öffentlichkeit hervorgerufen, auch weil die Erwartungshaltung insgesamt sehr hoch gewesen sei. Man musste klären, dass aufgrund der Vereinbarung mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zunächst Projekte gefunden werden müssen, die dann vom BMZ finanziert werden, so dass vor Ort noch ein geringer Eigenanteil von 10 % aufzubringen sei.

Derzeit werden die mit den Vertretern der Stadt Yarinacocha vereinbarten Projekte auf Förderfähigkeit geprüft und gesichtet. Man werde den Ausschuss Umwelt und Grün nach Vorliegen der Ergebnisse darüber informieren.

Im Anschluss stellt Herr Perez sich kurz vor. Er ist bei Dezernat V für das EU-Projekt Celsius (Combined Efficient Large Scale Integrated Systems), die klimafreundliche und zuverlässige Energieversorgung in Großstädten, zuständig und arbeite jetzt auch mit im Bereich der Klimapartnerschaften.

Ausschussvorsitzender Herr Struwe bedankt sich bei allen Vortragenden für die Präsentation und die aufschlussreichen Informationen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Präsentation und die mündlichen Ausführungen von Herrn Brose, Herrn Bürgermeister Wolter und Herrn Perez zur Kenntnis.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Gemeinsame Anfrage von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betreffend Verbreiterung der A59 - Kompensationsmaßnahmen im Rechtsrheinischen AN/1848/2017

1.1.1 Beantwortung der Anfrage 0054/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Kölner Umweltzone AN/0046/2018

1.2.1 Beantwortung der Anfrage 0218/2018

SB Herr Becker bemerkt, dass lt. Antwort der Verwaltung nur noch wenige Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw. mit einer roten Umweltplakette erteilt worden seien. Er fragt, ob es noch gelbe Plaketten gebe bzw. ebenfalls Ausnahmegenehmigungen erteilt werden.

Weiterhin möchte er wissen, wie die Verwaltung die geringe Differenz zwischen der Anzahl der Verstöße in 2016 und 2017 bewerte.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu, da kein Vertreter der Fachverwaltung anwesend ist.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Biodiversität im Zuge der Umsetzung zweier Beschlüsse
AN/0003/2018**

**1.3.1 Beantwortung der Anfrage
0377/2018**

SE Frau Lange dankt für die umfängliche Antwort der Verwaltung.

Sie fragt, ob bzw. wenn ja, wann die angedachten Fangerhebungen aus den 1990er Jahren wiederholt und die Ergebnisse entsprechend der Krefelder Studie verglichen werden. Sie beurteile diese Vorgehensweise äußerst positiv, um den Rückgang der Biomasse der Insekten in Köln zu erheben.

Herr Peschen betont, dass es sich um eine sehr aufwendige Maßnahme handle. Die Verwaltung halte sie jedoch für wichtig und habe sie aufgrund der aktuellen Diskussion um das Insektensterben erwogen. Er werde den Ausschuss zur nächsten Sitzung konkreter über die zeitlichen Planungen informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Information von Herrn Peschen und die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.12.2017
betreffend
Sachstand zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs und Prüfung alternativer Standorte einer Hubschrauberbetriebsstation in Köln
AN/1911/2017**

**1.4.1 Beantwortung der Anfrage
0137/2018**

SB Herr Becker fragt, inwieweit der Kalkberg durch ausreichende Messstellen abgesichert sei, falls durch Grundwasseranstiege Auswaschungen stattfänden.

Frau Brammen-Petry antwortet, dass im Grundwasserbereich des Kalkbergs umfangreiche Untersuchungen vorgenommen worden seien. Es wurden 27 Grundwassermessstellen eingerichtet, die über 3 Jahre einmal pro Quartal beprobt worden seien. Das Gutachten liege jetzt vor, weitere Sondierungen seien im Rahmen der Haldenstabilisierung ausgewertet worden und die Verwaltung werde dem Ausschuss zur nächsten Sitzung eine Schlussbewertung vorlegen.

SB Herr Dr. Albach fragt, wie breit die Sondierungen vorgenommen werden, da man hinsichtlich des Cyanids nicht sicher sei, ob der Kalkberg die einzige Quelle sei.

Frau Brammen-Petry erläutert, aus dem Gutachten gehe hervor, dass es sich um mehrere Cyanid-Quellen handle, auch aus dem Anstrom zum Kalkberg. In der nächs-

ten Sitzung gehe man genauer darauf ein und werde das Gutachten im Internet veröffentlichten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry und die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.5 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard
AN/1490/2017**

**1.5.1 Beantwortung der Anfrage
0537/2018**

SB Herr Becker merkt namens der SPD-Fraktion kritisch an, dass die Antwort der Verwaltung nicht besonders aussagekräftig sei und die in der Antwort genannten Zahlen nicht sehr belastbar erschienen. Zudem seien häufig keine Zahlen vorhanden. Da die Istwerte sich teilweise sehr von den Planwerten unterscheiden, frage man sich, womit dies zusammenhänge.

Da die Anfrage auch im Betriebsausschuss für Gebäudewirtschaft beantwortet werde, wolle man sich zunächst fraktionsintern austauschen und bitte, die Beantwortung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu nehmen.

Herr Dr. Rau bekräftigt, die Stadt Köln habe eine Vorbildfunktion und müsse mit eigenen Bauwerken energetisch modern vorausgehen. Daher sei es richtig, sich hier einen Überblick zu verschaffen. Er werde die Fragen an die zuständige Gebäudewirtschaft weiterleiten.

RM Herr Brust äußert, es sei unsinnig, in der Antwort mit hohen Kosten der Lüftungsanlagen gegen Passivhäuser zu argumentieren, wenn man sie mit Gebäuden nach Energieeinsparverordnung (EnEV) vergleiche. Tatsächlich seien die letzten Schulbauten sowieso mit Lüftungsanlagen ausgestattet worden, u. a. um die Auflagen für die Raumluftwerte einhalten zu können.

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**1.6 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Fragen zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
AN/0162/2018**

**1.6.1 Beantwortung der Anfrage
0620/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.7 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Agrarflächen im Eigentum der Stadt Köln
AN/0148/2018**

**1.7.1 Beantwortung der Anfrage Agrarflächen im Eigentum der Stadt Köln
0542/2018**

Zwischen Verwaltung und Politik wird Einvernehmen darüber hergestellt, dass die o. g. Beantwortung in den öffentlichen Teil geschoben wird.

SE Frau Lange bezeichnet die Beantwortung als etwas dürftig. Sie sage letztendlich nur aus, dass nicht verboten sei, Umweltschutzprogramme auf diesen Flächen durchzuführen. Frau Lange regt an, in zukünftige Pachtverträge die Auflage aufzunehmen, dass bestimmte Pestizide auf diesen Flächen nicht zugelassen sind.

Herr Huth erläutert, dass das Herbizid Glyphosat⁶, obwohl umstritten, in der Europäischen Union wieder für 5 Jahre zugelassen sei. Daher habe man nicht den Ansatz gesehen, dies in Köln zu verbieten. Zudem müsse dafür ein Ratsbeschluss eingeholt werden, da die Verpachtung von städtischen Flächen auf Ratsbeschlüssen basiere.

Die Herstellung von Biodiversität auf städtischen (Acker-)Flächen seitens der Umweltverwaltung sei möglich, bis die Fachverwaltungen ihre geplanten Maßnahmen umsetzen. Als Beispiel nennt Herr Huth das Anlegen von Krötentümpeln. Aufgabe der Liegenschaftsverwaltung sei es, diese Flächen zur Verfügung und pachtfrei zu stellen. Bis dahin lasse man jedoch auch eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung zu.

Auf Nachfrage von Frau Lange, solche Pachtverträge nur noch an diejenigen zu vergeben, die Biolandwirtschaft betreiben, antwortet Herr Huth, dass man dies gerne in die neuen Verhandlungen aufnehmen könne. Die derzeit laufenden Pachtverträge seien 2016 für 12 Jahre abgeschlossen worden, endeten also 2028.

Herr Peschen schlägt vor, das Thema „ökologische Landwirtschaft“ in die Gespräche mit den Landwirten aufzunehmen, die die Umwelt- und Grünverwaltung derzeit im Rahmen des Ernährungsrates führe.

Der Ausschussvorsitzende äußert die Hoffnung, dass dadurch vielleicht bereits vor Ablauf der Pachtverträge eine Änderung herbeigeführt werden könne.

Herr Huth bestätigt, dass die Nachfrage nach Ackerflächen extrem groß sei. Es sei immer weniger Ackerfläche vorhanden, da sie nach Umwandlung nicht mehr zur Verfügung stehe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Informationen von Herrn Huth und Herrn Peschen und die umgedruckte Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.8 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
AN/0341/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Glyphosat>

**1.9 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe
AN/0373/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
AN/0297/2018**

SE Frau Lange begründet den Antrag damit, dass bisher nur 2 der umfangreich durchgeführten Bohrungen untersucht worden seien. Insbesondere die Bohrungen, die lt. Angabe im Internet am übelsten gerochen hätten, seien bei der Analyse ausgelassen worden.

Da die Anwohnerinnen und Anwohner sich zu Recht sorgten, wie giftig das Ganze sei, sei es dringend erforderlich, weitere bereits 2017 durchgeführten Bohrungen zu analysieren und auf Giftstoffe zu untersuchen.

RM Herr Brust verweist auf die Information von Frau Brammen-Petry über das aktuell vorliegende Gutachten, das zur nächsten Sitzung dem Ausschuss vorgelegt werden soll. Er plädiert dafür, den Antrag in die nächste Sitzung zu verschieben und bittet Frau Brammen-Petry um Stellungnahme zu den festgestellten Gerüchen und den Gründen, weshalb diese Bohrungen nicht analysiert worden seien.

SB Herr Dr. Albach bittet, nicht nur eine Analyse, sondern auch eine Bewertung darüber vorzunehmen, ob und wie die Stoffe zugänglich seien und inwieweit sie die dort lebenden Menschen gefährden.

RM Frau Akbayir ist im Hinblick auf das aktuelle Gutachten mit einer Zurückstellung des Antrags in die nächste Sitzung einverstanden. Sie hofft, dass durch das neue Gutachten präzisere Angaben vorliegen und sich der Antrag in der nächsten Sitzung erledigt habe.

Frau Brammen-Petry erklärt zum Thema „üble Gerüche“, dass es bei Bodensondierungen üblich sei, das Material organoleptisch zu begutachten und auch Gerüche zu prüfen. Es sei dann die Rede von starken oder schwächeren Gerüchen, nicht aber von üblen Gerüchen. Diese Gerüche seien überwiegend in den Bereichen festgestellt worden, wo Kalk angetroffen worden sei. Man habe festgestellt, dass dieses Material tatsächlich wie Moltotill, also Kalk oder Gips, rieche.

Für die Umweltverwaltung seien bei der Auswahl der Probenanalysen Parameter maßgeblich, die vor dem Hintergrund der Gefahren für das Grundwasser eine Rolle spielten, also in diesem Fall Cyanide. Man habe den Gutachter entscheiden lassen, welche Proben analysiert werden und nicht extra stark riechende Proben ausgelassen.

Man habe einige Proben aus den Kernrammbohrungen 38 und 38 a analysiert, weil dies Proben aus dem Grundwasserschwankungsbereich gewesen seien und habe gute Erkenntnisse für die Auswertung gewonnen. Weniger interessant seien die Belastungen in den oberen Schichten des Kalkbergs, da diese Bereiche durch die Hal-

denstabilisierung abgedichtet werden. Durch dieses Material gebe es künftig keine Gefahren für die Menschen, da sie mit dem Material nicht in Kontakt kommen können. Ausführlich betrachtet worden seien die Gefahren für das Grundwasser. Diese werden in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt. Dann könne auch entschieden werden, ob noch 175 Proben und die zugehörige Analytik erforderlich seien.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt den Antrag zurück in seine nächste Sitzung am 24.04.2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend Bessere Erfassung der Feinstäube in Köln AN/0298/2018

SE Frau Lange spricht zum Antrag. Sie erläutert, dass „OK Lab Stuttgart“⁷ ein Zusammenschluss von ca. 10 Personen sei, der ein Gerät entwickelt habe, das mit Hilfe von einfachen Bauteilen sehr verlässlich Feinstaub der Größenordnung PM₁₀ und PM_{2,5} messe. Die Idee sei so erfolgreich, dass allein in Köln ca. 50 Geräte betrieben werden. Bundesweit liege die Anzahl der Messgeräte im dreistelligen Bereich, sie seien jedoch auch in vielen Teilen Europas und sogar in Ländern wie China, Amerika und Afrika verbreitet.

Außer den Bauteilen benötige man einen permanenten WLAN Anschluss und eine geeignete Stelle um das Gerät z.B. an einer Außenwand anzubringen. Im Netz könne sich jeder die Feinstaubmesswerte der einzelnen Standorte ansehen.

Frau Lange führt aus, dass Punkt 1 des Antrags zum Ziel habe, dass die Stadt Köln geeignete Flächen z.B. an Schulen zur Verfügung stelle, um Messgeräte zu installieren. Ggf. könne dies auch im Rahmen eines Schulprojektes installiert und betrieben werden. Die Geräte bzw. die Bausätze würden gestellt. Der Bausatz koste weniger als 50 Euro. Die Lebensdauer eines solchen Gerätes betrage 4 bis 5 Jahre. Die anfallenden Stromkosten betragen ca. 2,50 € pro Jahr und Gerät.

Frau Lange äußert abschließend, dass Staub nicht per se gesundheitsgefährdend sei. Daher sei es wichtig zu prüfen, welche Beschaffenheit der Staub in der Stadt habe.

SB Herr Becker meldet Beratungsbedarf an und bittet, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zum Antrag abgibt, bevor darüber abgestimmt werde.

SB Herr Dr. Albach betont, es sei Programm der FDP, dass die Stadt Köln ihr Messnetz wieder einführe. Daher könne er dem so gestellten Antrag in dieser leicht anti-qualifizierten Form nicht zustimmen.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt die beantragte Zurückstellung des Antrags mit der Bitte um Stellungnahme zur Abstimmung:

⁷ ein sog. Reallabor (engl.: Living Lab) s. auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Reallabor>

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt den Antrag zurück in seine nächste Sitzung am 24.04.2018 und bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zum Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Richtlinie des Förderprogramms „Altbausanierung und Energieeffizienz - klimafreundliches Wohnen“ 3520/2017

SB Herr Becker signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung zur Beschlussvorlage. Vorab habe er noch eine Frage. Auf Seite 7 und 8 seien unterschiedliche U-Werte für Kellerdecken angegeben. Er möchte wissen, ob dies so sei oder ob es sich um ein Versehen handle.

Außerdem bittet er die Verwaltung, Mitte bis Ende nächsten Jahres einen Erfahrungsbericht über die Umsetzung der Richtlinie abzugeben.

Herr Becker spricht zuletzt noch den Ratsbeschluss zur Dachbegrünung an und fragt nach dem Sachstand der Umsetzung.

RM Herr Götz erklärt namens der CDU-Fraktion, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen. Da man noch ein paar Fragen habe, melde man Beratungsbedarf an und bitte, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und die Fragen in den nachfolgenden Gremien, AVR oder Finanzausschuss, zu beantworten.

Die erste Frage betreffe die Konkurrenz zu anderen Förderprogrammen. Unter Punkt 9 der Richtlinie stehe, dass bei einer Förderhöhe über 50 % der gesamten Kosten eine Rückerstattung erfolgen müsse. Bei den einzelnen Förderprogrammen der Stadt sei teilweise schon automatisch eine Förderung von über 50 % enthalten, z. B. Photovoltaikanlagen zu 100 %, so dass man dann anscheinend kein anderes Förderprogramm in Anspruch nehmen könne. Herr Götz fragt, ob es so gemeint sei, dass die Stadt insgesamt bis auf 50 % fördere oder ob bei Vorliegen eines Bundes- oder Landesprogrammes dieses dann Vorrang habe, bevor die Stadt Köln noch mal extra fördere.

Die zweite Frage betreffe die Förderung von Pelletheizungen. Er verstehe die Förderung so, dass dann gefördert werde, wenn die neuen Anlagen besser seien, als die alte Heizung. Es mache seines Erachtens keinen Sinn, eine moderne Gasheizung durch eine moderne Pelletheizung zu ersetzen, weil dies in Bezug auf die Luftwerte nicht besonders sinnvoll sei. Dies stehe jedoch nicht in der Richtlinie und sollte noch entsprechend ergänzt werden.

SB Herr Dr. Albach spricht sich ebenfalls für die Beschlussvorlage aus. Ihm fehle in der Beschlusslage noch eine Darstellung über die Einordnung in das Smart-City-Programm, wo bereits eine Altbauförderung bestehe, so dass man daraus entnehmen könne, wie die Stadt Köln ihre innovativen Methoden verbessert haben.

Herr Dr. Rau erläutert zu den konkurrierenden Förderprogrammen, dass die Stadt Köln nachrangig sei und auf vorhandene europäische Bundes- und Landesprogram-

me aufsetze. Die Verwaltung werde aber alle angesprochenen Fragen prüfen und eine Stellungnahme spätestens zur Sitzung des Finanzausschusses abgeben.

Herr Peschen ergänzt hinsichtlich des Dachbegrünungsprogrammes, dass man sich mit allen großen Städten in Verbindung gesetzt und gefragt habe, wie diese mit dem Thema umgehen. Dies werde jetzt ausgewertet und in einer der nächsten beiden Sitzungen dem Ausschuss als Beschlussvorlage präsentiert.

SE Herr Donath schlägt vor, in Zukunft die Komponenten nicht in einem fortlaufenden Text, sondern in einer Tabelle aufzuführen, um sie so für „Kleinanwender“ besser les- und vergleichbar zu machen.

Ausschussvorsitzender Herr Struwe stellt nach Rücksprache im Ausschuss folgenden Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien** und bittet die Verwaltung,

- dem Ausschuss bis zum Ende des nächsten Jahres einen Erfahrungsbericht über die Umsetzung der Richtlinie vorzulegen,
- bis zur Sitzung des Finanzausschusses die Widersprüche hinsichtlich der verschiedenen U-Werte für Kellerdecken zu klären und
- die offenen Fragen zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

**4.1 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
0029/2018**

RM Herr Götz signalisiert namens der CDU-Fraktion Zustimmung zur Vorlage. Man habe nur die Bitte, das Projekt „City Tree“⁸ als Pilotprojekt zu betrachten und dem Ausschuss Umwelt und Grün ab und zu Rückmeldung über die Entwicklung zu geben.

Herr Peschen berichtet, dass die Grün- und Umweltverwaltung seit längerer Zeit mit den Initiatoren aus Berlin im Gespräch sei und beabsichtige zu klären, inwieweit die Ankündigung, dass der NOX-Abbau tatsächlich in dem Maß stattfinde, wie dargelegt. Dazu werde von den Unternehmern eine Langreihenuntersuchung in Italien durchgeführt. Man halte es für sinnvoll dies auszuprobieren und die Pflegeintensität zu beobachten. Mit der Verwaltung aus dem Bezirksamt Nippes werde in Kürze der Standort bestimmt. Nach ersten Erfahrungen werde man im Ausschuss berichten.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung der Bezirksvertretung Nippes zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/City_Tree

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 100.000 EUR für die von der Bezirksvertretung Nippes beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2017 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen 3750/2017

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschließt, die vom Rat im Haushaltsplan 2016/2017 bereitgestellten Mittel in Höhe von 50.000 Euro für das Haushaltsjahr 2016 und 100.000 Euro für das Haushaltsjahr 2017 für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 09.11.2015 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
15 Bänke, incl. Unterpflanzung, in Grünanlagen, aufstellen	25.000,00 €
Jahrespflege Maternusplatz, für 2 Jahre	20.000,00 €
Notwendige Erhöhung der Mittel Sanierung Mathias-Kirch-Platz, zwecks Beauftragung	20.000,00 €
Umsetzung BV-Beschluss Blühstreifen	3.000,00 €
Blumenzwiebelpflanzung an verschiedenen Stellen	5.000,00 €
Sanierung wassergebundene Wegedecken, Grünzug Radertalhalgürtel-Markusstraße, Nähe Markusstraße	8.000,00 €
Vorgebirgspark, Sanierung wassergebundene Wege	9.000,00 €
Wegsanierung im Vorgebirgspark, Homburger Straße gegenüber Haus-Nr. 17	3.100,00 €
Umsetzung BV-Beschluss Fritz-Encke-Park: Weg zum Platanenwall (16.10.2017)	15.000,00 €
Summe:	108.100,00 €

Die Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel für 2016 und 2017 in Höhe von 108.100,00 € für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan

2016/2017 im Teilergebnisplan 1301 - Öffentliches Grün, Wald- u. Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Schenkung - Kompakttraktor mit Frontlader
hier: Wildpark Dünnwald
3990/2017**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün bedankt sich beim Förderverein Dünnwalder Wald und Wildpark e. V. für die Schenkung und empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung eines Kompakttraktors mit Frontlader des Fördervereins Dünnwalder Wald und Wildpark e.V. im Gesamtwert von 33.699,99 € dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Schenkung - Wassererlebnispfad von Pulheim bis zum Rhein
0093/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün bedankt sich bei der Kölner Grün Stiftung für die Schenkung und empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Errichtung und Ausstattung des Wassererlebnispfades von Pulheim bis zum Rhein im Wert von ca. 180.000,- € als Schenkung der Kölner Grün Stiftung dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0224/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Naturnaher Gewässerausbau des Flehbach in der Parkanlage Köln- Brück 0571/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Zustand der Schießsportanlage Hubertusweg - Kündigung des Mietver- trages 3744/2017

SB Herr Schallehn kritisiert, dass in diesem Fall keine Beschlussvorlage erstellt worden sei. Ursprünglich habe der Ausschuss Umwelt und Grün beschlossen, einen Mietvertrag mit der interessierten Schützenbruderschaft St. Sebastianus & Afra abzuschließen.⁹ Auch die BV Porz und der Beschwerdeausschuss haben entsprechende Beschlüsse gefasst, so dass nicht einfach eine Mitteilung ausreiche, um den politischen Beschluss wieder rückgängig zu machen.

Herr Schallehn führt aus, er habe von den Schützen die Information erhalten, dass der Schaden seit Vertragsabschluss bekannt und das Grundstück abgesperrt sei. Seitdem warteten die Schützen darauf, von der Verwaltung zu erfahren, ob sie das Grundstück nutzen können oder nicht. Auch liege den Schützen das Gutachten über den Schaden bisher nicht vor, denn sie hatten angekündigt, sich unter Umständen an den Kosten der Sanierung zu beteiligen, um auf der Anlage schießen zu dürfen.

Zudem warte der Verein seit über einem Jahr auf die Schlüssel der Grillhütte, zu deren Nutzung ebenfalls ein Beschluss der BV Porz vorliege.

Herr Schallehn bittet die Verwaltung, eine Beschlussvorlage unter Verwendung des Gutachtens zu erstellen, in der auch die BV Porz in die Beratungsfolge aufgenommen wird sowie die Mitteilung in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Herr Kaune informiert darüber, dass es sich um eine Mitteilung des Sportamtes handle, die Vermieterin der Sportanlage sei. Das Grünflächenamt sei am weiteren Fortgang des Verfahrens sehr interessiert. Herr Kaune führt aus, dass der Beschluss zunächst umgesetzt und ein 5-Jahres-Mietvertrag abgeschlossen worden sei.

Die Verwaltung beabsichtige nicht, den Vertrag zu verlängern, sondern ihn nach 5 Jahren auslaufen zu lassen. Er habe mit dem zuständigen Abteilungsleiter des Sportamtes gesprochen und dieser habe ihm mitgeteilt, dass er mit dem Geschäftsführer, Herrn Lindenzweig in Gesprächen sei. Herr Lindenzweig habe sagt, dass der Verein an der Nutzung der Anlage nicht mehr interessiert sei.

⁹ s. Niederschrift (Sondersitzung) vom 10.12.2015;
https://amtsinfo.sessionnet.verwaltung.stadtkoeln.de/to0040.asp?_ksinr=15691&toselect=192821
TOP 4.2 Beschlussvorlage 0280/2015 und TOP 4.2.1 Änderungsantrag AN/1835/2015

Herr Kaune schlägt vor, die Fragen an das Sportamt weiter zu geben, um weitere Informationen zu erhalten.

RM Herr Schallehn äußert, dass Herr Lindenzweig nicht mehr Geschäftsführer und auch nicht im Vorstand des Vereins sei. Auch wisse der Verein überhaupt nichts von einer Kündigung.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe schlägt vor, dass ein Vertreter des Sportamtes zur nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün kommt und den Sachverhalt erläutert. Bis dahin sollte die Mitteilung zurückgestellt werden.

Über den Vorschlag von Herrn Struwe herrscht im Ausschuss Konsens.

7.4 Sachstandsbericht Schaugewächshaus und Orangerie im Botanischen Garten Köln, Amsterdamer Str. 34 0715/2018

Frau Rinnenburger erläutert kurz die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung und beantwortet anschließend Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Zeitverluste durch die Vergaberüge und die damit verbundenen Widerspruchsfristen wirkten sich nachteilig auf die Baukosten aus. Genauere belastbare Zahlen werde sie dann liefern, wenn die nächsten großen Vergaben zum Stahlbau und zur Haustechnik erfolgt seien. Vergaberügen könnten nicht verhindert werden, da man als öffentlicher Bauherr den Verdingungsverordnungen für Bauleistungen unterliege. Um die Vergabe weiter voranzubringen, werden jetzt die Flächen vor Ort, z. B. die Betonflächen, bemustert und die Bauzäune eingerichtet.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Rinnenburger und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Korrekturen im Maßnahmenkatalog des Runden Tisches Luftreinhaltung Mündliche Anfrage von Herrn Struwe

RM Herr Struwe fragt, wie die Verwaltung mit dem Hinweis des Stadtwerkekonzerns (SWK) hinsichtlich der Darstellung zum Heizkraftwerk (HKW) Merkenich im Maßnahmenkatalog des Runden Tisches Luftreinhaltung umgehen werde. Dort werde beim Punkt „Umstellung des Brennstoffs im Heizkraftwerk Merkenich“ (Maßnahme Nr. 13) von wesentlich zu hohen aktuellen Emissionswerten, zu geringen Umrüstkosten und einer zu kurzen Umrüstdauer ausgegangen.

Die Darstellung im Maßnahmenblatt 46 zur Verlängerung der Linie 7 berücksichtige des Weiteren nicht den Ratsbeschluss aus November 2017. Damit entspreche die Formulierung „Voraussetzung ist die Siedlungsentwicklung östlich der vorgesehenen Stadtbahntrasse. Diese ist entsprechend politischem Beschluss an den Bau der Ortsumfahrung geknüpft“ nicht der aktuellen Beschlusslage.

Herr Struwe möchte wissen, ob die Maßnahmenblätter durch die Verwaltung vor Weitergabe an die Bezirksregierung entsprechend angepasst werden.

Herr Peschen antwortet, dass zudem noch die Beschlussfassungen aus den Bezirken abgearbeitet werden müssen. Die Verwaltung werde voraussichtlich in der nächsten Sitzung dem Ausschuss eine umfangreiche Aufarbeitung vorlegen, die sowohl die Beschlussfassungen aus den Bezirken bewerte, als auch notwendige Korrekturen und Veränderungen in der Maßnahmenliste berücksichtige.

Herr Dr. Rau führt aus, dass er sich vor wenigen Tagen mit Herrn Dr. Schwab von der Bezirksregierung über das weitere Vorgehen ausgetauscht habe. Die Bezirksregierung werde den Luftreinhalteplan auf der Basis der Vorschläge fortschreiben, die die Verwaltung noch ergänzen könne.

Er betont, dass es Maßnahmen gebe, die nur die Bezirksregierung anordnen könne, z. B. mögliche Anwendungen blauer Plaketten. Es gebe jedoch auch Maßnahmen, die nicht die Bezirksregierung, sondern die Stadt von sich aus anordnen und selbst gestalten könne. Hierzu gehörten z. B. auch Verlängerungen von Stadtbahnen. Diese würden dann nachrichtlich in der Fortschreibung des Luftreinhalteplans auftauchen. Momentan sieht Herr Dr. Rau die anordnende Funktion der Bezirksregierung lediglich in den Fragen der Fahreinschränkungen.

Hinsichtlich der Umstellung des HKW Merkenich werde eine Korrektur erfolgen. Herr Dr. Rau berichtet, dass er die Rheinenergie in einem Schreiben vom 25.01.2018 entsprechend informiert habe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Rau und Herrn Peschen zur Kenntnis.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)